

WARUM HASSEN SIE WLADIMIR PUTIN?

Seit dem groß angelegten Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine im Februar 2022 wird Wladimir Putin im Westen als Tyrann dargestellt, der jeden Bezug zur Realität verloren hat. Umgeben von feigen Schleimern versteht er die Welt nicht mehr, in der er lebt. Besessen vom Glauben, er wäre ein neuer Peter der Große, vertritt er auch nicht die russischen Interessen. Ohne ihn wäre Russland eine Demokratie, ja ein Verbündeter des Westens. Der anti-Putin Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Im Buch von John Sweetly „Der Killer“ etwa kann man lesen, Putin ist traumatisiert, weil er ein außereheliches Kind ist; außerdem ist er pädophil und wird keines natürlichen Todes sterben.

Diese äußerst kritische Darstellung des russischen Präsidenten ist allerdings nicht neu. Schon am 1. November 2003 präsentierte „*The Economist*“ den russischen Präsidenten, der gerade drei Jahre im Amt war, als „Vlad the Impaler“. Putin wird darin, ähnlich Dracula, als geisteskrank und grausam dargestellt. Der Grund: Putin hatte begonnen, das System seines Vorgängers Jelzin, das Russland in den Abgrund geführt hatte, zu liquidieren und war dabei, Oligarchen in die Schranken zu weisen. Unzählige Berichte dieser Art folgten. In einer Sonderausgabe derselben britischen Wochenzeitschrift vom Oktober 2016 wird etwa der „Putinismus“ dafür verantwortlich gemacht, dass Russland 25 Jahre nach dem Fall des Kommunismus keine Demokratie und kein Verbündeter des Westens ist.

Diese totale Ablehnung von Wladimir Putin ging zunächst von politischen Kreisen in den USA aus. Nicht nur der seinerzeitige Senator John McCain war ein einflussreicher Russland- Hasser; auch führende Medien übernahmen sehr bald eine äußerst kritische Haltung. Präsident Biden nannte ihn einen „Killer“ und heute ist Senator Lindsey Graham nicht der Einzige, der verlangt, mithilfe der Ukraine Russland zu besiegen. Allein die Ambition Russlands, eine Großmacht zu sein, wird von diesen Kreisen als Frevel angesehen. Sie hassen Putin, der diesen Frevel begeht. „Sie“, das sind westliche Eliten, Medien, Think Tanks und jene Politiker, die sich auf eine anti- Russland Politik eingeschworen haben. Putin- Hass wurde eine Strategie.

Bereits in seiner Rede, die Wladimir Putin im Februar 2007 vor der Münchner Sicherheitskonferenz gehalten hat, rechnete er mit der westlichen Politik der vergangenen 15 Jahre ab. Vor der Spitze der westlichen Eliten, der deutschen Bundeskanzlerin, dem US- Verteidigungsminister und dem NATO- Generalsekretär sprach er davon, wie Russland nach dem Kalten Krieg vom Westen nicht als Partner, sondern als Besiegter behandelt wurde. Versprechen wurden nicht eingehalten, Rüstungsverträge, wie der ABM- Vertrag, wurden einseitig gekündigt, die NATO wurde offensiv nach Westen ausgeweitet.

Durch „farbige Revolutionen“ sollte der Einfluss Russlands in der unmittelbaren Nachbarschaft des Landes unterhöhlt werden. Westliche NGOs wurden jeweils für einen „Regime-change“ ausgebildet und eingesetzt. Der Westen hatte das auf die Vereinten Nationen aufgebaute System durch eine „Regel basierte Ordnung“ ersetzt. Demnach dürften nur mehr die USA jene Regeln aufstellen, die in den internationalen Beziehungen gelten sollten. Die nationale Souveränität als Grundlage der internationalen Gemeinschaft, wie noch in der Satzung der UNO festgehalten, wurde ersetzt durch ein Interventionsrecht im Namen von „Nation-building“ und „Democracy-building“. In dieser neuen Weltordnung hat sich der Westen, unter dem Motto „weltweiter Kampf gegen den Terrorismus“, als „Welt-Polizei“ etabliert, der es erlaubt ist, überall und jederzeit zu intervenieren. Die übrige Welt musste diese „neuen Regeln“ akzeptieren. Präsident George W. Bush hat dieser Politik einen messianischen, fast religiösen Charakter gegeben.

In seiner München-Rede zeigte Putin auf, dass die neuen, vom Westen geschaffenen Machtstrukturen, sehr einseitig ausgerichtet waren. Tatsächlich repräsentierte der Westen, der sich selbst immer wieder als „Internationale Gemeinschaft“ bezeichnete, kaum mehr 10 % der Weltbevölkerung. Aber die hochrangigen Vertreter des Westens in München waren in keiner Weise bereit, auf die Kritik des russischen Präsidenten einzugehen. Im Gegenteil, man erklärte, mit seiner Rede habe Putin dem Westen den Krieg erklärt.

Lag nun ein Grund, in Putin einen Feind zu sehen, darin, dass er die neue, einseitig vom Westen festgelegte internationale Ordnung ablehnte, so war ein anderer wohl noch gravierender: er machte „Russia great again“. Die Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus waren für Russland eine Katastrophe, politisch, wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch. Russland, als Kernland der Sowjetunion, hat mit deren Auflösung 24 % seines Territoriums und 48,5 % der Bevölkerung verloren; 41 % des Bruttonationalprodukts und 39 % seines Industriepotenzials. Aber vor allem die russische Bevölkerung war schwerstens getroffen. 30 % lebten im Jahr 2000 unter der Armutsgrenze. Die Lebenserwartung für Männer sank unter 60 Jahre und kriminelle Banden herrschten im ganzen Land. Wurde der Rubel lange Zeit offiziell dem Dollar gleichgesetzt, so war er in den 1990er Jahren nur mehr einen Cent wert. 1998 kam es zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes. Kein Wunder, dass die Schlüsselbegriffe dieser Zeit, „Demokratie“ und „Reform“, in breitesten Kreisen der Bevölkerung sehr schlecht besetzt waren.

Zusammen mit dem Gouverneur von Mittelfinnland hatte ich die Möglichkeit, in diesen Jahren mehrere Male Russlands zu besuchen. Das Land war in Auflösung begriffen, die Menschen kämpften um ihr Überleben. Der Bürgermeister von Wyborg etwa antwortete auf die Frage, wo die Schwerpunkte seines Budgets liegen, er habe keines, weil es keine Steuereinnahmen gibt.

Provinz-Gouverneure erklärten Sportveranstaltungen, bei denen Athleten aus anderen Provinzen teilnahmen, zu „internationalen Wettkämpfen“. Sie erachteten ihren Herrschaftsbereich bereits als unabhängig und souverän. Diese Gouverneure waren meist frühere kommunistische Parteisekretäre vom alten Apparat getragen und in keiner Weise demokratisch gewählt. Aber als Putin ihnen dann hohe Beamte Vorgesetzte, um das Land zusammenzuhalten, hieß es in westlichen Medien, er „zerstöre die Demokratie“.

Vom Anfang an ging es Wladimir Putin als Präsident darum, die Funktionsfähigkeit des Staates wieder herzustellen und den Lebensstandard der Menschen zu verbessern, was auch durchaus gelang. Doch was ist für Putin der ideale Staat? Wohl nicht der Nationalstaat, der in einem Vielvölkerreich wie Russland nicht möglich ist. In Putins Staat geht es vor allem um eine funktionierende Staatsgewalt, um die Macht des Staates, die durch die Exekutive ausgeübt wird. Der russische Staat existiert nicht durch das Volk, sondern über ihm und auch außerhalb (Thomas Fasbender). Russland war nie eine Demokratie nach westlichem Muster und wird es wohl auch in Zukunft kaum werden.

In diesem Sinne hat Putin die Staatsgewalt in den Regionen, gegenüber den Medien und den superreichen Oligarchen wiederhergestellt. Im Westen wurde beklagt, dass die dabei gewählte Vorgangsweise nicht den Grundsätzen der Gewaltenteilung und den Prinzipien der Westminster- Demokratie entsprach. Das ist richtig, aber das politische System Russlands hat 1000 Jahre lang anders funktioniert, sowohl unter den Zaren, als auch unter den Kommunisten. Und der Westen hat sich, wenn es wichtig war, auch mit diesen Regimen verbündet. Als der brutale Diktator Josef Stalin im März 1953 starb, war er in den westlichen Medien „Onkel Joe“ und das französische Parlament hielt für ihn sogar eine Trauerminute. Warum also jetzt dieser Hass gegen Wladimir Putin?

Zweifellos braucht das amerikanische Sendungsbewusstsein, das nach dem Sieg im Kalten Krieg und dem Durchbruch der Neokonservativen erneut bestimmend wurde, immer einen Feind. Putin bot sich dafür an, weil er sich dem alleinigen Führungsanspruch der USA widersetzte und bemüht war, Russland wieder einen Rang als Großmacht zu verschaffen. Der damit vielleicht schon gegebene Hass verschiedener Kreise in den USA wurde auf jeden Fall dadurch verstärkt, dass im Wahlkampf 2016 „Russiagate“ eine zentrale Rolle spielte. Die Einmischung Russlands in den Wahlkampf habe, so die Meinung vieler Demokraten, wesentlich dazu beigetragen, dass Donald Trump seine Gegnerin Hillary Clinton besiegen konnte. Der dafür eingesetzte Sonderermittler Robert Mueller konnte zwar diese Behauptungen nicht bestätigen, aber Donald Trump wurde den Verdacht nicht los, ein besonderes Naheverhältnis zu Putin zu haben.

In der sehr stark polarisierten innenpolitischen Szene der USA bedeutete dies, die Ablehnung des einen übertrug sich auf die Gegnerschaft gegenüber dem anderen.

Diese Feindschaft kam voll zum Ausdruck, als Präsident Joe Biden Putin einen „Killer“ nannte und im Stellvertreterkrieg in der Ukraine dazu aufrief, Russland zu besiegen. Die längste Zeit war es ihm Westen verpönt, im Ukraine Krieg auch nur von Friedensverhandlungen zu sprechen. Als Donald Trump dies dennoch anstrebte und letztlich durchsetzte, wurde ihm erneut vorgeworfen, Wladimir Putin zu bevorzugen. Darüber hinaus hat es die totale Dämonisierung des russischen Präsidenten ermöglicht, das europäische Friedensprojekt auf den Kopf zu stellen und die Europäische Union in einen Kriegszustand zu versetzen. Das erklärte Ziel ist es nunmehr, 5 % des BIP der EU für die Rüstung auszugeben. Die Begründung dafür ist, Putin müsse aufgehalten werden, Polen, das Baltikum, ja ganz Europa zu erobern. Nie werden die im Ukraine-Krieg von Russland tatsächlich angeführten Sicherheitsinteressen erwähnt. Diese konzentrieren sich darauf, in der Ukraine keine NATO- Raketen aufzustellen und die russische Sprachgruppe im Lande nicht weiter zu unterdrücken. Als Präsident Kennedy seinerzeit, unter Androhung eines Atomkrieges, den sofortigen Abzug sowjetischer Raketen aus Kuba verlangte, hat ihn, vollkommen zu Recht, niemand als Kriegstreiber hingestellt. Jetzt ist es gelungen, Wladimir Putin als eine Gefahr für die ganze Menschheit darzustellen.

Die Frage ist, ob die westlichen Eliten, die diese Politik verfolgt haben, sich langfristig einen Gefallen getan haben. Russland wurde in die Arme Chinas getrieben, der „Globale Süden“ hat Russland geholfen, die gegen das Land verhängten Sanktionen zu überstehen und Europa ist mehr und mehr isoliert. Wenn im Wort „Staatsräson“ der Begriff „Vernunft“ enthalten ist, wird es vielleicht wieder einmal eine Zeit geben, in der die Diplomatie darauf zurückgreift und Hass überwindet.

Autor: Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; österreichischer Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor www.wendelinettmayer.at